

Nie wieder ist jetzt

Facetten einer Demonstration

Am 26. Januar 2024 demonstrierten vor dem österreichischen Parlament in Wien bis zu 80.000 Menschen gegen rechts. Die Redakteur*innen von Radio Stimme waren ebenfalls dort. Statt der an dieser Stelle gewohnten Nachlese folgt ein Bericht mit Eindrücken und Gedanken über die Großdemonstration für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Es regnet. Über der Menschenmenge vor dem Parlament, die sich in beide Richtungen der Ringstraße entlang bewegt, tanzen bunte Regenschirme und Plakate mit Statements, die sich – grob gesagt – gegen *rechts* positionieren. Wie leicht diese Positionierung ausgehöhlt werden kann, wird sich im Laufe der Demonstration noch zeigen. Ein Stück vor uns sind die *Omas gegen rechts* versammelt. Durch die Menge schiebt sich ein körperlos erscheinendes Schild mit einem grimmig dreinblickenden Einhorn und dem Slogan „Unicorns against Fascism“. Ein Plakat richtet sich gegen die FPÖ. Eine Gruppe fordert einen Waffenstillstand in Gaza. Und plötzlich eröffnet sich ein ganzes Spektrum an Möglichkeiten, wofür oder wogegen wir hier protestieren. Was meinen wir, wenn wir gegen *rechts* sagen, und wen meinen wir eigentlich mit *wir*?

Wir waren laut Schätzungen der Veranstaltenden 80.000 Menschen auf der Demo in Wien, in Graz demonstrierten bis zu 10.000 Menschen, in Innsbruck waren es 3.000 und in Vorarlberg rund 1.400. Im Vergleich zu anderen



Demonstrationen in Österreich sind diese Zahlen ungläublich. Schaut man hingegen nach Deutschland, wo die Investigativ-Recherche von *Correctiv* zu rassistischen

Vertreibungsplänen Rechtsextremer die größte Protestwelle seit 1989 hervorrief und Millionen Menschen hunderte Male auf die Straße gingen, ließ die Reaktion in

Österreich erstmal auf sich warten. Die schlussendlich stattgefundenen Demonstration selbst hinterlässt gemischte Gefühle.

Einerseits sind da all diese Menschen, die bei Dunkelheit im Regen stehen und für Demokratie und „gegen Faschismus und Rassismus“ ein Zeichen setzen, wie die Demonstration von den Veranstaltenden angekündigt wurde. 80.000 Menschen geben Hoffnung auf eine Mobilisierung gegen die zunehmende Verbreitung rechtsextremer Ideologien. 80.000 Menschen gegen Rassismus und Faschismus machen erstmal Mut, dass wir Rechtsextremismus mit einem klaren „Nein“ entgegentreten.

Dem gegenüber stehen die rassistischen Vorfälle auf der Demonstration, bei der BIPOC-Gruppen regelrecht von der Polizei eingekesselt wurden. Dem gegenüber steht auch die aktuelle gesellschaftliche Unfähigkeit, Gleichzeitigkeiten zu erfassen und diesen den jeweils erforderlichen Raum zu geben – speziell in Bezug auf die klare Positionierung gegen Antisemitismus *und* gegen das tausendfache Ermorden

und die Vertreibung von Palästinenser*innen *und* gegen (antimuslimischen) Rassismus in Österreich *und* gegen die rassistischen und völkischen Deportationspläne europäischer Rechtsextremer.

Dort, wo wir stehen, können wir nicht alles sehen und hören. Wir wissen nur, dass die Redner*innen auf der Bühne gewechselt haben, wenn Applaus und Pfiffe wie eine Welle durch die Menge getragen werden. Ein Dominoeffekt, der sich von den vor uns Stehenden auf uns überträgt und den wir nach hinten weitergeben. Dann erschallt jedoch eine Stimme, die uns irritiert und innehalten lässt. Sie ist lauter als alle anderen und warnt vor einem Zustand, in dem Abschiebungen in großem Maße zur Realität werden könnten, beschreibt ein gesellschaftliches Szenario, das Schrecken wecken soll. Um uns herum jubeln Menschen, wir werfen uns fragende Blicke zu. Was die Stimme theatralisch heraufbeschwört, ist doch längst Realität, die vermeintlich zukünftigen Schreckensszenarien längst tägliche Sorge oder wahrgewordener Alptraum von Menschen, die nach Österreich geflohen sind, Menschen, die täglich Rassismus, Diskriminierung und Ausschluss erfahren.

Das *Wir* schmeckt plötzlich schal auf einer Demo, bei der Redner*innen offensichtlich keine Ahnung davon haben, welche Konsequenzen exkludierende und diskriminierende Politik schon längst für viele Menschen in Österreich hat. Ein Statement, dass das *Black Voices Volksbegehren* nach der Demonstration veröffentlicht, spricht von Redner*innen, die offensichtlich davon ausgingen, es sei „fünf vor zwölf“, während wir tatsächlich schon längst darüber hinaus seien.

Und dann ist noch die Störaktion Rechtsextremer auf dem Dach des Palais Epstein, der ich hier keinen Raum geben möchte. Wie diese jedoch auf das Dach eines Parlamentsgebäudes kommen konnten und warum die Polizei lange Minuten brauchte, bis Banner, Pyrotechnik und Rechtsextreme nicht mehr auf dem Dach zu sehen waren – diese Fragen sollten durchaus Raum bekommen.

Als ich mich am Tag nach der Demonstration in einer Diskussion wiederfinde, was eigentlich „rechts“ in der Politik sei, merke ich, wie verwässert sämtliche Definitionen sind. Und wie wichtig es ist, genau zu benennen, was wir mit „rechts“ meinen. Immerhin werden rechte Politiken,

die auf die Ungleichbehandlung von Menschen abzielen, nicht nur von rechten Parteien umgesetzt. Während sich die Identitären freuen, dass Deutschland über die mögliche Ausweisung und Abschiebung eines ihrer prominenten Vertreter diskutiert und so die Abschiebung als politisches Instrument erst recht in den Fokus stellt, findet wieder einmal eine Diskursverschiebung zugunsten exkludierender Ideologien statt.

Mit dem Begriff „Remigration“, der in der NS-Exilforschung die freiwillige Rückkehr von Exilierten in postnazistische Länder beschreibt, werden geplante „Abschiebungen“ beschönigt. Die Verwendung des Wortes stellt das Konzept zur Disposition. Wieder einmal ein Beispiel dafür, wie die sogenannte „Metapolitik“ als Strategie rechtsextremer Zusammenschlüsse funktioniert: Ideologien werden über den vermeintlich „vorpolitischen“ Raum durch soziale Medien, Kulturveranstaltungen oder (selbstgegründete) Einrichtungen verbreitet, Popkultur wird zum „sanften“ Träger des rechtsextremen Gedankenguts und am Ende steht die gesellschaftliche Verankerung durch die Aufnahme in den Mainstream.

Was von der Demonstration bleibt, ist die gelungene Mobilisierung zehntausender Menschen für Demokratie und gegen Faschismus und Rassismus an einem verregneten Januarabend. Ebenso bleiben aber all jene gesellschaftlichen Herausforderungen, denen mit einer einzelnen Demonstration nicht entgegengetreten werden kann: die Verbreitung rechtsextremer Ideologien, die durch Wahlen gestützte Rechtswende in Europa, Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus, menschenverachtende Politiken, eine österreichische und deutsche Vergangenheit, die noch immer gefährlich nachwirkt, und vor allem die Frage, was mit dem Slogan „Nie wieder ist jetzt“ gemeint ist und was gemeint werden müsste.

Ich setze den Punkt hinter den letzten Satz meines Artikels, checke nochmal die aktuellen Umfrageergebnisse zu österreichischer Politik im Wahljahr 2024. Es ist ein Sonntag Mitte Februar und wären heute Nationalratswahlen, wäre die FPÖ stärkste Partei in Österreich. —

Lilian Häge ist Redakteurin bei Radio Stimme.



RADIO STIMME
DIE SENDUNG FÜR KOPFHÖRER*INNEN

das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet
www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138
Oberpullendorf	Radio OP